

# Die Einführung der direkten Demokratie (1872-1876)

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **21.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

*blatt* wechselte, übernahm Oberlieutenant Johann Surbeck in Oberhallau die Redaktion der *Klettgauer Zeitung*, gefolgt von Johann Rahm, der Ende 1892, als der Verlag an Gottlieb Pfund überging, seinerseits abgelöst wurde durch Conrad Schlatter am Leeben<sup>42</sup>. Conrad Schlatter, der Initiant des obligatorischen Referendums im Kanton Schaffhausen, redigierte die *Klettgauer Zeitung* in demokratischer Art und Weise bis in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts. Vorübergehend trat er die Schriftleitung an Hermann Schlatter ab, der kurz darauf das *Echo vom Rheinfall* übernahm (S. 200). 1906 ging die Redaktion endgültig an Dr. Oswald Heer über, und die *Klettgauer Zeitung* wurde zu einem Organ der freisinnig-demokratischen Parteirichtung (S. 513).

## Die Einführung der direkten Demokratie 1872-1876

### Die schweizerische Entwicklung

Unter dem Druck der Demokraten gab sich Zürich als grösster schweizerischer Industriekanton 1869 eine neue, fortschrittliche Verfassung und führte die direkte Demokratie ein. Die Staatsgewalt lag nach dem neuen Grundgesetz beim Volk und nicht mehr beim Parlament. Der Kantonsrat wurde von einer gesetzgebenden zu einer vorberatenden Behörde. Durch die Initiative und das Referendum war die aktive Teilnahme aller Einwohner an den Staatsgeschäften garantiert. Die Wahl des Regierungsrates, der Ständeräte und der Bezirksbehörden wurde in die Hand des Volkes gelegt. Die bedeutsame politische Umwälzung im Kanton Zürich machte Schule, und in kurzer Zeit folgten der Thurgau, Bern, Solothurn und der Aargau dem Beispiel. Auch in Schaffhausen regten sich früh die Demokraten. An einer grossen öffentlichen Versammlung im Kantonsratssaal wurde bereits am 1. Dezember 1869 der Wunsch nach einer neuen Kantonsverfassung unterstrichen<sup>1</sup>. Ein

---

<sup>42</sup> KZ 4.8.1883, 31.12.1892, 1.1.1893.

<sup>1</sup> Initianten waren Regierungsrat Heinrich Stamm, Dr. Gustav Schoch und Johann Wildberger-Studer (SI 5.12.1869). Ins Komitee wurden gewählt Regierungsrat Heinrich Stamm, Regierungsrat Christoph Moser-Ott, Dr. Gustav Schoch, Bezirksgerichtspräsident Eduard Russenberger, Kommandant Heinrich Bollinger, Nationalrat Dr. Wilhelm Joos, Stadtrat Diethelm Störchlin (Stein) (SI 3.12.1869).

Komitee von sieben Mitgliedern wurde gewählt, das Vorberatungen abhielt, doch bald wurde die zielstrebige Arbeit verzögert, wie aus einer Korrespondenz der *Neuen Zürcher Zeitung* hervorgeht:

*Was die Verfassungsrevision selbst betrifft, so hat man bis jetzt noch nichts Bestimmtes über die Thätigkeit des Komite's erfahren, woran die Abwesenheit zweier Mitglieder in Bern (HH. Stamm und Joos) und die anderweitige Inanspruchnahme des Herrn Regierungsrath Moser (Dampfschiff-Unglück) wohl Schuld sein mag. Wahrscheinlich wird das neue Jahr hier ein Vorwärtsschreiten signalisiren<sup>2</sup>.*

Daraus wurde nun allerdings nichts. Inzwischen hatte sich Zacharias Gysel ins Geschehen eingeschaltet und durch seinen Vortrag im *Politischen Verein des Klettgaus* erreicht, dass dort beschlossen wurde, mit der Revision der Kantonsverfassung bis nach einer neuen eidgenössischen Verfassung zuzuwarten<sup>3</sup>. Diese liess denn auch nicht lange auf sich warten. Nachdem der Deutsch-Französische Krieg im Sommer 1870 die europäische Staatenwelt erschüttert und sich Deutschland und Italien zu grossräumigen Nationalstaaten umgebildet hatten, erreichten auch die schweizerischen Zentralisten im Bund eine grössere Durchschlagskraft. Man rief nach einer besseren militärischen Ausbildung und einem einheitlichen Zivilgesetzbuch. Unter dem Motto «Ein Recht und eine Armee» lief die Kampagne für eine neue Bundesverfassung an. Unglücklicherweise mischten sich in die Verfassungsfrage religiöse Umtriebe ein, weil sich als Folge der päpstlichen Unfehlbarkeits-erklärung vom 18. Juli 1870 Misshelligkeiten ergaben. Durch den Widerstand der katholischen Orte und der stark föderalistischen Westschweizer Kantone wurde die neue Bundesverfassung in der Abstimmung vom 12. Mai 1872 knapp verworfen. Schaffhausen dagegen stimmte dem stark zentralistischen Entwurf mit 6230 Ja gegen 435 Nein kräftig zu und lieferte damit von allen Kantonen das klarste Resultat<sup>4</sup>.

Die Schaffhauser Demokraten werteten das kantonale Ergebnis als Bekenntnis der Bevölkerung zur staatlichen Reform. Die Auswirkungen auf die kantonale Politik traten denn auch bald zutage. Als am 16. Mai die Erneuerungswahlen in den Kantonsrat stattfanden, wurden 17 der 62 Parlamentarier ersetzt.

---

<sup>2</sup> NZZ 1.1.1870.

<sup>3</sup> Beilage zu Klettgauer 24.1.1870.

<sup>4</sup> Beilage zum Amtsblatt 1872,77. Vgl. Müller 67.

Unter den Nichtbestätigten befanden sich die konservativ-orthodoxen Protestanten<sup>5</sup>: Pfarrer Johann Jakob Schenkel<sup>6</sup>, Pfarrer Alexander Beck in Lohn<sup>7</sup>, Kantonsgerichtspräsident Franz Adolf Schalch, Stadtrat Carl Keller und der Geschäftsmann Franz Oechslin zur Kette<sup>8</sup>.

Noch deutlicher fielen die Gesamterneuerungswahlen in die Schaffhauser Regierung aus, die am 30. Mai zum letztenmal durch den Kantonsrat selbst vorgenommen wurden. Das *Tagblatt* sprach sich prononciert gegen die Wiederwahl der bisherigen Regierungsräte Arnold von Waldkirch (Schaffhausen), Zacharias Gysel (Wilchingen) und Johann Conrad Bringolf (Hallau) aus, weil sie gegen die neue Bundesverfassung Stellung genommen und sich damit in Widerspruch zum Volk gestellt hatten<sup>9</sup>. Von den weiteren Mitgliedern war Johann Georg Gasser gestorben, und Christoph Moser-Ott hatte bereits im Januar seinen Rücktritt genommen wegen seiner Beteiligung an der Gründung der Bindfadefabrik Flurlingen<sup>10</sup>. Um Johannes Hallauer (Trasadingen) war es auffallend still, so dass einzig Dr. Emil Joos als Bisheriger voll Zuversicht in den Wahlkampf steigen konnte. Er wurde ohne Opposition im ersten Wahlgang vom 30. Mai 1872 bestätigt und überdauerte allein den politischen Umschwung<sup>11</sup>. Ebenfalls im ersten Wahlgang gelangten Heinrich Stamm (Schaffhausen) und Heinrich Bollinger (Schaffhausen) in den Regierungsrat. Schwieriger war es, die vier Vertreter der Landschaft zu finden, die eine weniger grosse Abneigung gegen die Bundeszentralisation gezeigt hatten. Im dritten Wahlgang wurde Georg Pletscher (Schleitheim) gewählt, Carl Rahm (Hallau) folgte im vierten und Kantonsrichter Johann Jakob Müller (Löhningen) im fünften Wahlgang. Im siebten Skrutinium erreichte Zacharias Gysel als mutigster Exponent gegen die neue Ordnung die notwendige Stimmenzahl, erbat sich aber Bedenkzeit und lehnte die Wahl in die Regierung schliesslich ab<sup>12</sup>. An seiner Stelle wurde am 1. Juni Hauptmann Johannes Müller von Thayngen<sup>13</sup> zum Regierungsmitglied ernannt, womit das sieben-

---

<sup>5</sup> ST 28.5.1872

<sup>6</sup> Biographie in SBVG 34,1957,122—129.

<sup>7</sup> Biographie in SBVG 34,1957,9—15.

<sup>8</sup> Nachruf in SI 8.4.1895.

<sup>9</sup> ST 28.5.1872.

<sup>10</sup> ST 21.2.1872. SBVG 34,1957,66.

<sup>11</sup> SI 1.6.1872.

<sup>12</sup> SI 2.6.1872.

<sup>13</sup> Biographische Daten in Gruner, Bundesversammlung 498—499.

gliedrige Kollegium wieder vollzählig war. Noch bevor die Frage einer kantonalen Verfassungsrevision wieder ernsthaft erwogen wurde, war die Schaffhauser Regierung in demokratischem Geist völlig umgebildet worden. Dieser bedeutsame Auftakt legte die Richtung fest, in welcher die staatliche Erneuerung vor sich gehen sollte.

### Einleitung der Verfassungsrevision

Einen Tag nach den Regierungsratswahlen reichte der wieder neu in den Kantonsrat gewählte Staatsanwalt Hermann Freuler eine Motion auf Revision der Kantonsverfassung ein und schlug die Wahl einer vorberatenden Kommission vor<sup>14</sup>. Was der Parteigänger von Zacharias Gysel damit bezweckte, war klar: er wollte einer Volksbewegung zuvorkommen und die neue Verfassung im Rahmen des Kantonsrates beraten. Da das Initiativrecht auf Totalrevision nach dem Wortlaut der Verfassung von 1852 ausschliesslich dem Volk zustand, nicht aber dem Rat selbst, gelangte die Kommission zum Schluss, der Kantonsrat dürfe nichts unternehmen, bevor das Volk nicht selbst den Willen zur Reform schriftlich kundgetan habe. Durch eine Proklamation wurde die Bevölkerung aufgefordert, die Initiative zu ergreifen<sup>15</sup>. Mit Freuler zusammen versuchte sich der Tagblattredaktor Heinrich Erzinger in politischer Agitation:

*Erzinger reiste im ganzen Kanton herum, um Vorträge zu halten; am 16. Dezember fand auch eine grössere Versammlung in Schaffhausen statt, an welcher mit der Unterschriftensammlung begonnen wurde. Es scheint aber, dass die Herren Freuler und Erzinger sich keiner grossen Popularität erfreuten, denn es gingen in einigen Wochen nur etwa 500 Unterschriften ein. Erzinger brachte darauf eine neue Motion ein, es sei mangels Zustandekommen der Volksinitiative an die Partialrevision heranzutreten<sup>16</sup>.*

War es Zufall oder Absicht, dass das Volk stumm blieb? Erstes ist fast unerklärlich, nachdem die Schaffhauser doch eben vehement für die demokratischen Grundsätze der Bundesverfassungsvorlage gestimmt hatten. Freuler und Erzinger waren in dieser

---

<sup>14</sup> Müller 68.

<sup>15</sup> ST 5.6.1872, 7.6.1872.

<sup>16</sup> Müller 68—69.

Situation nicht die richtigen Persönlichkeiten, die sich als Promotoren einer neuen Kantonsverfassung aufspielen durften, denn ihre liberal-konservative Grundhaltung war allgemein bekannt. Organisatorische Ungeschicklichkeiten dürfen ebenfalls ausgeschlossen werden, denn die beiden Männer waren mit dem Handwerk der Politik und der Publizistik genügend vertraut. Und sowohl Freuler wie Erzinger waren schliesslich gar nicht traurig, als der Rat erneut eine enge Kommission bestellte, um das Grundgesetz einer Teilrevision zu unterziehen, wozu der Wille des Volkes nicht notwendig war.

Auf diesen Augenblick scheint der Intelligenzblattredaktor Johannes Uehlinger nur noch gewartet zu haben. Entschieden griff er ein und liess sich vernehmen, eine Verfassungskommission werde die Angelegenheit doch nur verschleppen. *Nehme daher lieber das Volk die Angelegenheit in die Hände, damit Zeit gewonnen und dem Staat unnötige Kosten erspart werden!* rief er in seinem Blatt aus und lud zu einer Volksversammlung ins «Schützenhaus» ein<sup>17</sup>. Am 12. Januar 1873 fand die gutbesuchte Versammlung statt. Es wurde die Gründung eines *Demokratischen Vereins* beschlossen, ein Komitee von neun Mitgliedern bestellt zur Ausarbeitung eines Statutenentwurfs und eine enge Verbindung mit der Landschaft in Aussicht genommen<sup>18</sup>. Die ganze Versammlung sprach sich entschieden für die Totalrevision der Kantonsverfassung aus und begann mit einer neuen Unterschriftensammlung. Innert fünf Tagen hatte der *Demokratische Verein* allein in der Stadt Schaffhausen 650 Unterschriften beisammen. Nun bereisten Johannes Uehlinger, Bezirksrichter Samuel Pletscher und Fürsprech Gottfried Walter die Reiat- und Klettgaugemeinden, sprachen mit der Bevölkerung und sammelten weitere Unterschriften. Die ganze Aktion hatte vollen Erfolg: am 3. März konnte Johannes Uehlinger dem Kantonsrat 1938 Unterschriften einreichen. Die Zahl entsprach gut einem Viertel aller Stimmbürger, wie es laut Verfassung von 1852 für eine Totalrevisionsinitiative notwendig war<sup>19</sup>. Erzinger und Freuler waren blamiert. Die Demokraten wollten keine Zeit verlieren und drängten auf die Abstimmung, die am 4. Mai 1873 mit 3703 Ja gegen 2107 Nein zugunsten einer Verfassungsrevision ausfiel<sup>20</sup>.

---

<sup>17</sup> SI 12.1.1873.

<sup>18</sup> SI 14.1.1873.

<sup>19</sup> am 4.5.1873 gab es 7209 Stimmberechtigte (Müller 69).

<sup>20</sup> Beilage zum Amtsblatt 1873,69. Vgl. Müller 69.

Drei Wochen später wurde ein Verfassungsrat von 62 Mitgliedern gewählt, in Grösse und Wahlart gleich wie der Kantonsrat, der daneben weiter amtete und die laufenden Geschäfte erledigte. 38 Mitglieder gehörten beiden Gremien gleichzeitig an. Die Verfassungsratswahlen verliefen nicht ohne Kampf. In der Stadt Schaffhausen waren vier Wahlgänge nötig, bis die 17 städtischen Verfassungsräte die notwendige Stimmenzahl erreicht hatten. Der *Demokratische Verein* hatte für seine Anhänger Propaganda gemacht, und die «Thiergartenversammlung» hatte ihre liberalen, konservativen und orthodoxen Kandidaten herausgestrichen. Mehr oder weniger deutlich lassen sich von diesem Augenblick an Parteiunterschiede feststellen, die sich bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts weiterentwickeln werden.

## Die Rolle der Parteien

### *Demokratischer Verein*

Spontan hatte sich am 12. Januar 1873 im Schaffhauser «Schützenhaus» der *Demokratische Verein* gebildet, um der kantonalen Verfassungsrevision zum Durchbruch zu verhelfen. Der Initiator, Redaktor Johannes Uehlinger, sammelte in der neuen politischen Vereinigung vor allem den handwerklichen Mittelstand, der sich bisher wenig um die öffentlichen Dinge gekümmert hatte<sup>21</sup>. Zwar unterstützte der *Demokratische Verein* in den Wahlen auch die prominenten Schaffhauser Demokraten wie Heinrich Stamm und Wilhelm Joos, diese hatten aber mit dem Verein selbst wenig zu tun. Nur Wilhelm Joos benützte das neue Forum zu einem staatsrechtlich-volkswirtschaftlichen Vortrag<sup>22</sup>. Ausgerechnet aber der Mann, der von der Geschichtsschreibung als «Hauptbegründer der direkten Demokratie in Schaffhausen» gefeiert wird<sup>23</sup>, Gustav Schoch, wurde bei den Wahlen in den Verfassungsrat vom *Demokratischen Verein* nicht unterstützt<sup>24</sup>. Was war der Grund dazu? Aus der weiteren Entwicklung des *Demokratischen Vereins* zeigt sich, dass mit Johannes Uehlinger ein Mann an der Spitze stand, der die reine

---

<sup>21</sup> ersichtlich aus den Kandidatenlisten in SI 29.5.1873, NI 15.7.1874 und NI 16.10.1875.

<sup>22</sup> SI 26.6.1873.

<sup>23</sup> SBVG 34,1957,187 und Gruner, Bundesversammlung 503.

<sup>24</sup> Kandidatenliste für Verfassungsrat in SI 29.5.1873.

Demokratie für Schaffhausen nicht nur anstrebte, sondern diese auch kompromisslos, energisch und mit allen Mitteln der Agitation durchsetzen wollte. Mit Scharfsinn, Wissen und einem klaren juristischen Verstand griff der Intelligenzblattredaktor so resolut in die Verfassungsbewegung ein, dass er nicht nur sämtliche Konservativen und Vermittler, sondern auch die gemässigten Demokraten vor den Kopf stiess. Eine solche Persönlichkeit konnte sich schlecht mit dem skeptisch-zurückhaltenden Gustav Schoch vertragen, auch wenn die beiden Männer ähnliche Anliegen hatten.

Uehlinger war bis 1869 kantonaler Polizeisekretär und führte die Redaktion des *Intelligenzblattes* nebenbei. Im Zusammenhang mit einer Erpressungsgeschichte wurde er als Polizeisekretär in diesem Jahr suspendiert und, obwohl ihn das Gericht freisprach, nicht wieder eingestellt<sup>25</sup>. Die treibende Kraft bei der Anklage war Staatsanwalt Hermann Freuler, dem man — bei voller Würdigung seines juristischen Gewissens — schwerlich Unvoreingenommenheit seinem politischen Gegner gegenüber zubilligen wird.

Uehlinger muss sich in der Folge intensiv mit dem demokratischen Schrifttum und seinen Ideen auseinandergesetzt haben. Er stellte 1873 die extremsten Forderungen, die allerdings von grosser Belesenheit und einem klaren Konzept zeugen. Unter seiner Leitung begann der *Demokratische Verein* im Juni 1873 mit der artikelweisen Besprechung der Verfassung und der Vorbereitung einer Eingabe an den Verfassungsrat<sup>26</sup>. Diese Petition forderte<sup>27</sup>:

- Referendum, Finanzreferendum
- Initiative
- Volkswahl der Ständeräte, Regierungsräte und Richter
- Erteilung des Stimmrechts und des passiven Wahlrechts mit 20 Jahren
- Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit
- Schutz des Hausrechtes
- Schutz gegen gesetzwidrige Verhaftungen und Bestrafung der dabei fehlbaren Beamten

---

<sup>25</sup> Obergerichtsurteil in Amtsblatt 1870,71—82. Klettgauer 9.3.1870. Im Klettgau wurde die Entlassung Uehlingers als Willkürakt der Regierung gegenüber einem eigenwilligen Beamten verstanden. Neunkirch wählte seinen Bürger am 29.10.1870 zum Gemeindepräsidenten (SI 1.11.1870).

<sup>26</sup> SI 19.6.1873.

<sup>27</sup> Reihenfolge nach Müller 73. Die Eingabe ist abgedruckt in SI 2.4.1874.

- Schutz des Rechtes zur Ehe (Abschaffung der Beschränkungen aus kirchlichen, ökonomischen und polizeilichen Gründen)
- Legitimierung der vorehelich geborenen Kinder durch die nachfolgende Eheschliessung
- Einführung der obligatorischen Zivilehe
- freie Niederlassung
- vollständige Gewerbefreiheit
- Abberufungsrecht gegenüber Kantonsrat und Regierung
- Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Progressivsteuer
- Oeffentlichkeit der Steuerregister
- Abschaffung der Handänderungsgebühren
- Errichtung einer Staatsbank
- Uebernahme der militärischen Ausrüstung durch den Staat
- Schutz von Gesundheit und Wohl der arbeitenden Klasse
- Unterstützung des Genossenschaftswesens
- Abschaffung des Kirchen- und Erziehungsrates, der Waiseninspektoren
- Justizreform
- unentgeltlicher und konfessionsloser Primarunterricht
- achtjährige Amtsdauer von Geistlichen und Lehrern, Abberufungsrecht durch das Volk

Dieses reichbefruchtete Verfassungsprogramm ist das umfassendste, das je von einer Partei aufgestellt wurde. Es nahm in seiner demokratischen, antikirchlichen und bereits in Ansätzen sozialdemokratischen Grundhaltung einzelne Postulate vorweg, die 1874 durch die neue Bundesverfassung für die ganze Schweiz verbindlich wurden. Wären diese Anträge des *Demokratischen Vereins* 1876 alle angenommen worden, hätte Schaffhausen das modernste Verfassungswerk der Schweiz erhalten. Aber im vornehmlich agrarischen Kanton Schaffhausen gab es noch andere Kräfte, die mitzureden hatten.

### *Schaffhauser Volksverein*

Die Demokraten der sechziger Jahre, die sich weder bei der Unterschriftensammlung aktiv gezeigt hatten noch sich in den von

Uehlinger dirigierten *Demokratischen Verein* integrieren liessen, schufen sich mit dem *Volksverein* ein eigenes Gremium. Nach der Enttäuschung, die sich aus der in der Schweiz abgelehnten Bundesverfassung von 1872 ergeben hatte, sammelten sich *die zersprengten Teile der freisinnigen Grossfamilie noch einmal, freilich zum letzten Mal, in einer geschlossenen Organisation*<sup>28</sup>. Für die ganze Schweiz war die Errichtung eines Netzes von Sektionen geplant, die sich am Volkstag des schweizerischen *Volksvereins* vom 16. Juni 1873 in Solothurn vertreten lassen sollten. Heinrich Stamm fügte dem in der Schaffhauser Tagespresse veröffentlichten Aufruf zur Teilnahme am Volkstag den Wunsch bei, es sollten sich in allen Gemeinden Volksvereine bilden und mit dem *Volksverein* in Schaffhausen verbinden<sup>29</sup>. Der *Volksverein der Stadt Schaffhausen* wurde anlässlich der Versammlung vom 12. Juni 1873 im «Thiergarten» gegründet<sup>30</sup>. Von 60 Anwesenden erklärten 50 ihren Beitritt zum Verein, der eine doppelte Bestimmung hatte. Der *Volksverein* bezweckte in erster Linie die Förderung der Bundesrevision, in zweiter Linie die Unterstützung der freisinnigen Katholiken gegenüber den Ultramontanen. Personell umfasste der Verein die inzwischen etablierten Demokraten, was sich an den Vorstandswahlen ablesen lässt: Präsident wurde Ständerat Heinrich Stamm, Vizepräsident Dr. Gustav Schoch, als Aktuar amtierte der Tagblattredaktor Heinrich Erzinger, und als Beisitzer wurden Regierungsrat und Oberstleutnant Heinrich Bollinger und Bezirksgerichtspräsident Eduard Russenberger bestimmt. Diese Zusammensetzung zeigt, dass es auch der Schaffhauser Sektion des schweizerischen *Volksvereins* nicht darum ging, eine ideologisch einheitliche Gruppe zu bilden, sondern die verschiedensten politischen Schattierungen und ihre bekannten Exponenten einzubeziehen, um eine tragende Volksmehrheit für die Abstimmung über die Bundesverfassung von 1874 zu erreichen.

Persönliche Differenzen zwischen Johannes Uehlinger und dem damaligen Establishment bestimmten die Beziehungen zwischen dem *Volksverein* und dem *Demokratischen Verein*.

Der *Demokratische Verein* beschloss noch vor der Gründung einer Schaffhauser Sektion des *Volksvereins* im Mai 1873 den Kollektivbeitritt zum schweizerischen *Volksverein* und bestimmte Johannes Uehlinger als Delegierten für die Versammlung von Olten<sup>31</sup>.

---

<sup>28</sup> Gruner, Parteien 80.

<sup>29</sup> SI 6.6.1873.

<sup>30</sup> ST 14.6.1873. SI 14.6.1873.

<sup>31</sup> SI 7.6.1873.

Als dort der Vertreter für den Kanton Schaffhausen gewählt werden sollte, wurde Ständerat Stamm vorgeschlagen. Uehlinger bemerkte, Stamm sei gar nicht Mitglied des *Demokratischen Vereins*, also auch nicht einer Sektion des *Volksvereins*, gab ihm aber trotzdem seine Stimme. Als Heinrich Erzinger dem *Demokratischen Verein* beitrug, gab Uehlinger in der Presse die Erklärung ab, falls Erzinger nicht sofort wieder austrete, werde er selber seinen Austritt erklären<sup>32</sup>. Auch gegen Eduard Russenberger machte Uehlinger gewisse Vorbehalte<sup>33</sup>.

Es ist offensichtlich, dass Uehlingers kompromisslose Natur ein fruchtbares Zusammenwirken verunmöglichte und die Bildung eines eigenen *Volksvereins* überhaupt notwendig machte. Dennoch nahm der *Demokratische Verein* in globo an der Gründungsversammlung des Schaffhauser *Volksvereins* teil, weil Heinrich Stamm die persönliche Erklärung abgegeben hatte, dass er dem *Demokratischen Verein* nicht entgegentreten wolle, sondern eine Sammlung aller Freisinnigen für einen vernünftig-gesunden Fortschritt auf Bundesebene anstrebe<sup>34</sup>. Trotzdem trat der *Demokratische Verein* dem Schaffhauser *Volksverein* nicht bei, mit der Begründung, das sei unnötig, weil sich beide Organisationen bereits dem schweizerischen Dachverband angeschlossen hätten<sup>35</sup>. Damit bekundeten Uehlinger und die andern Mitglieder des *Demokratischen Vereins* den Willen, lieber als kleiner Stosstrupp weiterhin agitatorisch zu wirken als in einem grösseren Verband unter Verlust des eigenen Profils aufzugehen. Wenn sie auch mit den Tendenzen des *Volksvereins* auf eidgenössischer Ebene einverstanden waren, so misstrauten sie doch der kantonalen, buntscheckig zusammengewürfelten Organisation und distanzierten sich von ihr.

Dieser Entscheid und das weitere Verhalten Uehlingers blieb nicht ohne Folgen. Als durch und durch publikumswirksamer Zeitungsmann zerrte der Intelligenzblattredaktor sofort alles an die Oeffentlichkeit, was seinem Programm nützen konnte, oder aber unterliess die Berichterstattung über eine Sitzung des Verfassungsrates, wenn sie ihm nicht genehm war. Die resolute Taktik wurde ihm zum Verhängnis. Im März 1874 entzog ihm der Drucker des *Intelligenzblattes* das Vertrauen<sup>36</sup>. Im unbeugsamen Willen, den

---

<sup>32</sup> SI 29.5.1873.

<sup>33</sup> NI 31.3.1874.

<sup>34</sup> SI 11.6.1873.

<sup>35</sup> SI 15.6.1873.

<sup>36</sup> NI 22.3.1874, 25.6.1874. Johannes Uehlinger hatte 1872 den Verlag des *Intelligenzblattes* übernommen (NI 22.3.1874).

Verfassungsrat und die Öffentlichkeit weiterhin in radikal-demokratischer Weise zu beeinflussen, schuf Johannes Uehlinger eine eigene Zeitung. Sein *Neues Intelligenzblatt* wurde zum Kampforgan für die Postulate des *Demokratischen Vereins*. Es begleitete die Verfassungsrevision wie dreissig Jahre früher Johann Heinrich Ammanns *Schaffhauser Zeitung II*. Und wie jenes Blatt ging es nach den Jahren der Auseinandersetzung wieder ein, nachdem es seine Aufgabe erfüllt hatte (S. 164).

Der Schaffhauser *Volksverein* erreichte seinen ersten Vereinszweck, als in der Abstimmung vom 19. April 1874 die schweizerische Bundesverfassung im Bund mit 340 199 Ja gegen 198 013 Nein und im Kanton Schaffhausen mit 6596 Ja gegen 219 Nein klar angenommen wurde<sup>37</sup>. Schaffhausen beging das grossartige Ereignis mit einer wohl vorbereiteten Verfassungsfeier und einem Volksfest<sup>38</sup>.

Was die Unterstützung der freisinnigen Katholiken anbelangt, die sich der *Volksverein* zum Ziel gesetzt hatte, dürfte der Verein in Schaffhausen versagt haben. Die freisinnigen Katholiken versammelten sich ohne Unterstützung des *Volksvereins* am 16. März 1873 im Grossratssaal, vermutlich auf die Initiative des vorerst freisinnigen Pfarrers Josef Bohrer<sup>39</sup>. Unter dem Präsidium von Adam Küth schlossen sie sich zu einem Verein zusammen und wirkten vorerst innerhalb der römisch-katholischen Gemeinde als Partei. Später kam es zum Bruch, und die freisinnigen Katholiken gingen als Christkatholiken ihren eigenen Weg<sup>40</sup>. Da es sich beim katholischen Bevölkerungsteil von Schaffhausen vor allem um Zugezogene und Angehörige des Arbeiter- und Dienstbotenstandes gehandelt hat, dürften die freisinnigen Katholiken eher dem *Demokratischen Verein* als dem etwas gehobeneren *Volksverein* nahegestanden haben. Die Christkatholiken blieben vorerst in Schaffhausen mehr oder weniger ihrem eigenen Schicksal überlassen, das sich nicht eben günstig entwickelte.

Das Wirken des Schaffhauser *Volksvereins* lässt sich bis ins Jahr 1884 verfolgen. Dann beantragten der *Politische Verein* und der *Volksverein* einstimmig die Verschmelzung beider Organisationen zu einem neuen Verein zur Besprechung der politischen Tages-

---

<sup>37</sup> Beilage zum Amtsblatt 1874,67.

<sup>38</sup> Festprogramm in NI 21.4.1874.

<sup>39</sup> SI 19.3.1872.

<sup>40</sup> Die «Los-von-Rom»-Bewegung ist ausführlich dargestellt in: Festschrift Katholische Genossenschaft 205—218.

fragen<sup>41</sup>. Diese Neugründung kam am 19. April 1884 wieder unter der Bezeichnung *Politischer Verein* zustande (S. 202).

### *Grütliverein*

Als weitere parteiähnliche Organisation nahm in den siebziger Jahren der Schaffhauser *Grütliverein* an den politischen Aktionen teil. Die städtische Sektion dieser schweizerischen Vereinigung wurde bereits 1848 durch die Initiative des Lenzburger Zeugschmiedes Emanuel Fueter gegründet, der als Mitglied der Zürcher Sektion nach Schaffhausen gekommen war<sup>42</sup>. In den folgenden Jahren machte der Schaffhauser *Grütliverein* dieselbe Entwicklung wie der gesamtschweizerische Verband durch, die der Verbandssekretär Eugen Wullschleger in den Worten zusammengefasst hat:

*Wie er sich aus einem politisch neutralen Verein, der er in den ersten Jahren seines Bestehens (Ende der 1830er bis Ende der 1840er Jahre) war, zu einem freisinnigen, später zu einem freisinnig-demokratischen und in den 1870er bis 1880er Jahren zu einem demokratisch-sozialreformerischen Verein «gemauert» hat, so musste er sich schliesslich in konsequenter Fortbildung zu einem sozialdemokratischen Verein «mausern», der das Gute und Bleibende des alten Freisinns und der frühen Demokratie festhält<sup>43</sup>.*

Auch die Schaffhauser Sektion gebärdete sich nach 1870 demokratisch und sozialreformerisch. Kaum hatte sich der *Demokratische Verein* konstituiert, beschloss der 54 Mann starke *Grütliverein* seinen Kollektivanschluss<sup>44</sup>. Zwar gab es weiterhin Versammlungen, die der *Grütliverein* allein durchführte<sup>45</sup>, doch wurden die politischen Aktionen zusammengelegt. Die Mitglieder beider Organisationen trafen sich zu Versammlungen im Lokal zum «Damhirsch» in der Unterstadt, und anlässlich der Verfassungsfeier von 1874 marschierte der *Demokratische Verein* mit der Fahne des *Grütlivereins* im Festumzug mit<sup>46</sup>. Soziologisch sind die Mitgliederbestände der beiden Vereinigungen ähnlich. Sowohl der *Demokratische*

<sup>41</sup> SI 29.1.1884.

<sup>42</sup> ST 20.9.1848, 23.9.1848. Vgl. *Offizieller Fest-Führer für das Schweizerische Grütli-Zentralfest 1914 in Schaffhausen*, Schaffhausen 1914, 25—26. Pestalozzi 121—122.

<sup>43</sup> Jahresbericht GV 1900, 16.

<sup>44</sup> SI 15.6.1873.

<sup>45</sup> NI 13.4.1875, 4.8.1875.

<sup>46</sup> SI 8.2.1874. NI 22.3.1874. NI 21.4.1874.

*Verein* wie der *Grütliverein* bestand vorwiegend aus Niedergelassenen, wobei der letztere vor allem Arbeiter rekrutierte<sup>47</sup>. Um politisch selbständig zu wirken, war der Schaffhauser *Grütliverein* in den Jahren um 1873 viel zu schwach, sowohl nach Mitgliederzahl wie nach führenden Köpfen. Der Grütlianerpräsident Heinrich Brüngger spielte im öffentlichen Leben keine wesentliche Rolle. Die führende Persönlichkeit, die den *Demokratischen Verein* und den *Grütliverein* zusammenhielt, war Redaktor Johannes Uehlinger. Mit der Unterstützung beider Vereine gab er von 1874 bis 1878 das *Neue Intelligenzblatt* heraus und war damit automatisch ihr Bindeglied und ihr Sprecher gegenüber der Öffentlichkeit. Entsprechend seiner überragenden Stellung wählte ihn der *Grütliverein* am 2. Oktober 1875 zu seinem Präsidenten<sup>48</sup>.

Während der *Demokratische Verein* nach der Verfassungsrevision mehr oder weniger überflüssig wurde, wurde der *Grütliverein* im folgenden Jahrzehnt zu einem politischen Faktum. Er übernahm die Mitglieder und das Gedankengut des *Demokratischen Vereins* und verbreitete dieses auch in den neuentstehenden Sektionen in den Schaffhauser Landgemeinden (S. 170). Die Aktivität des *Grütlivereins* lässt sich beobachten bis zur Gründung der *Sozialdemokratischen Partei* im Jahre 1904 und darüber hinaus. Erst in der Zwischenkriegszeit wurde er gemäss Beschluss der letzten schweizerischen Delegiertenversammlung um die Jahreswende 1925/1926 aufgelöst.

#### *Politischer Verein der Stadt Schaffhausen*

Anders als der *Demokratische Verein*, der *Volksverein* und der *Grütliverein* befasste sich der *Politische Verein der Stadt Schaffhausen* in den Jahren um 1873 weniger mit eidgenössischen und kantonalen als vielmehr spezifisch städtischen Fragen. Die Vereinigung, 1865 gegründet (S. 113), war praktisch eingeschlafen, als sie sich im Jahre 1875 plötzlich dem demokratischen Reformprogramm gegenübergestellt sah. Der *Politische Verein* wurde neu zum Leben erweckt<sup>49</sup>, vermutlich unter dem Präsidium von Heinrich Erzinger<sup>50</sup>, den Johannes Uehlinger in dieser Eigenschaft als ungeeignet, unhöflich und grob bezeichnete<sup>51</sup>. Als Versammlungs-

---

<sup>47</sup> NI 20.10.1875.

<sup>48</sup> Protokoll GV 2.10.1875.

<sup>49</sup> NI 5.3.1875.

<sup>50</sup> Müller 79.

<sup>51</sup> NI 5.3.1875.

ort diene vorerst der «Frieden», später trafen sich die Mitglieder des *Politischen Vereins* im «Künstlergüetli»<sup>52</sup>. Im Verlauf der Verfassungsrevision entledigte sich der Verein seines konservativen Vorstandes, nahm zahlreiche freisinnige Mitglieder auf und stieg im Oktober 1875 unter der Leitung von Kantonsschulprofessor Eugen Imhof in den Wahlkampf<sup>53</sup>.

Die Neuwahl des Stadtparlamentes wurde nötig, weil die Stadt Schaffhausen rascher als der Kanton zu einer neuen Verfassung gekommen war. Die neue Bundesverfassung hatte auch für das städtische Rechtsgebiet einschneidende Neubestimmungen gebracht. Nach Artikel 43 der Bundesverfassung wurden den Niedergelassenen dieselben Rechte zugestanden wie den Ortsbürgern. Christoph Moser-Ott als Präsident der sogenannten «Erweiterten Gemeinde» wurde bei Regierungspräsident Heinrich Stamm vorstellig, um abzuklären, ob nun er anstelle des Präsidenten der Bürgergemeinde berechtigt sei, die fällige Kantonsratsersatzwahl vorzunehmen<sup>54</sup>. Als ihm das bestätigt wurde, bezeichnete sich Moser-Ott kurzerhand als Präsident der «Einwohnergemeinde» und schrieb die Wahlversammlung aus. Diese zwar konsequente, aber doch etwas eigenmächtige und formalrechtlich anfechtbare Handlungsweise veranlasste den Grossen Stadtrat, zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammenzutreten und vom Regierungsrat vorerst eine Verordnung über das Stimmrecht der Niedergelassenen zu verlangen. Die «Erweiterte Gemeinde», also die Versammlung der Stadtbürger und Niedergelassenen, bestimmte ihrerseits auf Antrag von Johannes Uehlinger eine Verfassungskommission, welche die Stadtverfassung mit der neuen Bundesverfassung in Uebereinstimmung zu bringen hatte. In drei Wahlgängen wurden die 15 Kommissionsmitglieder ernannt<sup>55</sup>, die sich am 28. August 1875 unter dem Präsidium von Christoph Moser-Ott konstituierten. Sie arbeiteten die neue Stadtverfassung aus, die bereits am 23. September 1875 mit 1030 Ja gegen 66 Nein gutgeheissen wurde. Noch bevor die kantonale Verfassungsreform beendet war, hatte die Stadt eine fortschrittliche Gesetzesgrundlage, welche nicht mehr die Bürger allein, sondern alle Einwohner als Träger der Gemeinde bezeichnete. Die städtischen Niedergelassenen erreichten mit diesem Datum ihre politische Gleichstellung mit der Bürgerschaft, deren Obhut lediglich noch

---

<sup>52</sup> NI 18.2.1875, 22.6.1875.

<sup>53</sup> NI 17.—20.10.1875, 2.11.1875, 9.11.1875.

<sup>54</sup> NI 4.8.1874.

<sup>55</sup> NI 18.8.1874, 25.8.1874.

das Armen- und Einbürgerungswesen überlassen blieb. Konsequenterweise mussten nun sämtliche Stadtbehörden neu gewählt werden. In den drei Wahlgängen vom 17. und 31. Oktober sowie dem 7. November gelangten 26 Stadtbürger und 10 Niedergelassene in den Grossen Stadtrat<sup>56</sup>. Ein Einsender im *Neuen Intelligenzblatt* bezeichnete 14 davon als Konservative, die mit der neuen Bundesverfassung auf gespanntem Fuss stünden, 5 als Unentschiedene, 11 als bedächtige Liberale und 6 als entschiedene Demokraten<sup>57</sup>. Der Einsender unterliess es leider, die entsprechenden Ratsmitglieder auch namentlich zu bezeichnen, so dass die personell-politische Struktur des neuen Stadtparlamentes nicht ausgemacht werden kann.

Eine Umgestaltung erfuhr auch das Stadtratskollegium, das von 7 auf 5 Mitglieder reduziert wurde, die nun alle direkt von der Gemeindeversammlung gewählt wurden. Von den bisherigen Stadträten blieben Johann Georg Rauschenbach, Stadtpräsident seit 1868, der freisinnige Ulrich Wilhelm von Waldkirch und der protestantisch-konservative Carl Keller im Amt. Neu gewählt wurden Hermann Harder und Georg Rüger. Offenbar wurden mit den rechtlichen und personellen Änderungen nicht alle Erwartungen erfüllt, welche die entschiedenen Demokraten gehegt hatten. *Es hat wieder ziemlich alles das alte liebe Gepräge . . . Trotz Stadtverfassung, trotz Neuwahlen wird der Gemeindekarren ziemlich im nämlichen Geleise fahren*, fasst der Einsender im *Neuen Intelligenzblatt* die Ablösung von 1875 zusammen.

## Presse und Redaktoren während der Verfassungskämpfe

### *Intelligenzblatt und Neues Intelligenzblatt*

Anlass zu Veränderungen im Schaffhauser Zeitungswesen gab der Tod von Andreas Bercher, dem Miteigentümer von *Intelligenzblatt* und *Klettgauer Zeitung*, der am 20. November 1871 starb. Für Heinrich Meier stellte sich die Frage nach einem neuen Geschäftspartner. Es war naheliegend, den Redaktor selbst beizuziehen. Johannes Uehlinger übernahm vertraglich den Verlag des *Intelligenz-*

---

<sup>56</sup> NI 21.11.1875. Von den 1814 Stimmberechtigten am 11.6.1876 waren 811 Bürger und 1003 Niedergelassene (NI 13.6.1876).

<sup>57</sup> NI 21.11.1875.

*blattes* auf zehn Jahre<sup>58</sup>, Heinrich Meier leitete die Druckerei. Doch die Zusammenarbeit spielte nur etwa zwei Jahre. Uehlinger engagierte sich zu stark in der Politik, Meier war zu sehr Geschäftsmann, und als sich die gegenseitigen Ansprüche in die Quere kamen, brach die Unternehmergemeinschaft auseinander. Meier warf seinem Redaktor politisches Pfaffentum, unbefriedigten politischen Ehrgeiz, Verunglimpfung und Untergrabung des Glaubens vor<sup>59</sup>. Uehlinger dagegen machte geltend, er sei weder ein Lobhudler noch ein Speichellecker und könne keinen Kompromiss zwischen politischer Gesinnung und Geschäftsinteresse eingehen<sup>60</sup>. Der Redaktor trat freiwillig vom Verlag zurück<sup>61</sup> und machte sich an die Gründung eines eigenen Blattes. Heinrich Meier suchte nach einem neuen Redaktor und fand ihn beim *Tagblatt*, das Heinrich Erzinger redigierte. Auf den 10. März 1874 trat beim *Intelligenzblatt* ein Gesinnungswechsel ein. Das Blatt wandelte sich von einem radikal-demokratischen Publikationsorgan zu einem liberal-konservativen. Trotz der Ankündigung, das *Intelligenzblatt* werde eine republikanisch-freisinnige Haltung gemäss der neuen Bundesverfassung einnehmen, der politischen und kirchlichen Unfehlbarkeit den Abschied geben, keinen Personen dienen, keine fürchten und überhaupt persönliche Reibereien verbannen<sup>62</sup>, trotz diesen löblichen Vorsätzen wurden die folgenden Jahre eine ununterbrochene Fehde zwischen dem (alten) *Intelligenzblatt* und dem *Neuen Intelligenzblatt*, wie Uehlinger sein Organ nannte. Es begann damit, dass die Kreise um Meier und Erzinger die Herausgabe des Konkurrenzblattes zu verhindern suchten und tatsächlich erreichten, dass die Firma Gelzer, obschon das Papier schon bestellt war, die Zeitung nicht druckte<sup>63</sup>. Das *Neue Intelligenzblatt* erschien trotzdem, und zwar ab 22. März 1874 in der Druckfirma Georg Hauser. Nun begann das vierjährige Seilziehen um den politischen Einfluss. Während Uehlinger in konsequenter Weise seinen demokratischen Kurs weiterführte, den er während mehr als zehn Jahren beim *Intelligenzblatt* vertreten hatte, ging Erzinger nach den beim *Tagblatt* erprobten Grundsätzen vor.

---

<sup>58</sup> NI 22.3.1874.

<sup>59</sup> Redaktionserklärung in SI 12.3.1874. Zum Verhältnis zwischen Uehlinger und Schaffhauser Geistlichkeit siehe Bächtold, Mitteilungen 6,1963,28—31.

<sup>60</sup> Redaktionserklärung in NI 22.3.1874.

<sup>61</sup> NI 25.6.1874.

<sup>62</sup> SI 12.3.1874.

<sup>63</sup> NI 25.6.1874.

Heinrich Erzingers politische Haltung ist nicht leicht zu beschreiben. Von Uehlinger wird er als Sprecher der *Herrenpartei* dargestellt<sup>64</sup>, mit deren Hilfe er zweiter Sekretär des Verfassungsrates wurde. Erzinger verhielt sich in der Revisionsphase den Neuerungen gegenüber sehr reserviert und trat dem obligatorischen Referendum klar entgegen<sup>65</sup>. Seine Mitgliedschaft im *Politischen Verein* und seine Teilnahme an den Versammlungen der «Antirevisionisten», die sich unter Leitung von Zacharias Gysel jeweils im Hotel Trambauer trafen (S. 147), sind Indizien einer konservativen Haltung. Auch in anderer Beziehung waren Uehlingers Zweifel an der Zuverlässigkeit und Geradlinigkeit Erzingers berechtigt. Heinrich Erzinger rückte zwar in seiner Karriere 1876 zum Staatsschreiber des Kantons Schaffhausen auf, wurde aber bereits 1879 aus dieser Stellung entlassen. Gleichzeitig wurde ihm die Redaktion des *Intelligenzblattes* entzogen<sup>66</sup>. In einem aufsehenerregenden Prozess vor Kantons- und Obergericht hatte er sich 1880 wegen Betrugs und Unterschlagung zu verantworten, weil er als Zwischenverkäufer das Schloss Herblingen dem Berliner Hotelbesitzer Ludwig Lüscher-Baur um tausend Franken zu teuer abgetreten hatte. Die tausend Franken wollte er einem anderen Interessenten als Schweigegeld gegeben haben, was er vor Gericht nicht glaubhaft machen konnte und darum mit zehn Monaten Gefängnis bestraft wurde. Nach einem Zwischenspiel als Redaktor beim *Schaffhauser Boten*, wie sich der *Schleitheimer Bote* von 1873 bis 1926 nannte, trat Erzinger schliesslich 1883 in den Dienst von Carl Sigerist-Schelling und redigierte bis zu seinem Tod am 5. Februar 1884 das gemässigt sozialdemokratische *Schaffhauser Volksblatt*. Heinrich Erzingers Name wird in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit fast allen politischen Angelegenheiten genannt, und es wäre falsch, seine etwas schillernde Persönlichkeit nur in ungünstigem Licht erscheinen zu lassen. Als gesetzter Publizist ohne allzuviel eigene Brillanz bot er sich starken Persönlichkeiten wie Gysel oder Sigerist-Schelling wie von selbst an. Dass er, einmal ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt, dem beissenden Spott eines Johannes Uehlinger nichts Ebenbürtiges gegenüberstellen konnte, spricht noch lange nicht gegen ihn.

---

<sup>64</sup> NI 23.6.1874, 24.6.1874.

<sup>65</sup> NI 5.12.1874, Müller 79—80.

<sup>66</sup> Pilger 27.12.1879. ST 6.—7.2.1884. Strafurteil des Obergerichtes in Amtsblatt 1880,760—776.

## Tagblatt

Durch den Wechsel Heinrich Erzingers vom *Tagblatt* zum *Intelligenzblatt* war die Tagblattredaktion 1874 vorübergehend verwaist. Verleger Stötzner kündigte an, Ständerat Heinrich Stamm werde die Redaktion seines Blattes übernehmen, und dieser scheint tatsächlich vorübergehend die Absicht gehabt zu haben, deswegen als Regierungsrat zurückzutreten<sup>67</sup>. Doch Mitte November 1874 wurde Heinrich Stamm zum vollamtlichen Bundesrichter gewählt, und der Plan zerschlug sich<sup>68</sup>. Vorübergehend sprang Dr. Ernst Enderis als Tagblattredaktor ein, nach seinem Ausscheiden im August 1874 bewahrte der Verleger völliges Stillschweigen, vermutlich um die Abonnenten nicht zu verlieren<sup>69</sup>. Am 25. Juli 1875 verschied der Verleger Friedrich August Stötzner plötzlich. Sein Vater, Christian Friedrich Stötzner, der Zeitungsgründer, war ihm sechs Jahre zuvor im Tod vorausgegangen. Ein Rätselraten um die weitere Entwicklung des Zeitungsverlages begann. Uehlinger vermutete vorerst, die Jungkonservativen der Stadt würden das *Tagblatt* übernehmen<sup>70</sup>. Doch dann behielt Frau Emma Stötzner das Unternehmen in ihrer Hand und betraute Professor Adam Pfaff mit der Redaktion<sup>71</sup>. Sie verheiratete sich 1879 in zweiter Ehe mit Georg Kühn, der 1883 bei der Gründung der Kantonalbank deren erster Direktor wurde. Nach seinem Rücktritt im Jahre 1904 übernahm Georg Kühn den Verlag, den seine Frau bisher geleitet hatte. Als Kühn 1927 starb, ging der Tagblattverlag auf seine Söhne über, die ihn führten, bis sie die Zeitung Ende 1937 eingehen liessen<sup>72</sup>.

## Der Pilger

Die verschiedenen Wechsel in der Redaktion und in der Verlagskonstellation führten dazu, dass das *Tagblatt* in der Verfassungsrevision von 1872 bis 1876 kein einheitliches Profil zeigte und sich nach 1875 auf mehr oder weniger neutrale Information ohne Parteifärbung beschränkte. Dafür hielt ein anderes Blatt in den Revisionsjahren eine klare Parteilinie ein in der Besprechung der

---

<sup>67</sup> ST 27.3.1874. NI 12.5.1874

<sup>68</sup> NI 14.11.1874.

<sup>69</sup> NI 2.9.1874.

<sup>70</sup> NI 28.8.1875.

<sup>71</sup> NI 4.9.1875.

<sup>72</sup> ST 8.7.1927. Vgl. S. 540.

Schaffhauser Ereignisse. Es nannte sich *Der Pilger*, war ursprünglich eine Berner Wochenzeitung, zügelte dann aber Ende 1874 nach Schaffhausen und begann unter der Redaktion von Carl C. Mann in die Verfassungsrevision einzugreifen<sup>73</sup>. Doch kaum hatte es ein erstes Mal Stellung bezogen, beschwerte sich Christoph Moser-Ott und verwahrte sich gegen die unwahren Behauptungen des neuen Blattes, dem die Verfassungsvorschläge nicht gefielen<sup>74</sup>. Moser verwies dabei auf den politischen (und vielleicht auch finanziellen) Zusammenhang des *Pilger* mit der orthodox-konservativen *Allgemeinen Schweizerzeitung* in Basel. Eben war der protestantische Pfarrer Johann Jakob Schenkel an die Redaktion dieses Basler Blattes berufen worden, hatte die Berufung vorerst angenommen, dann aber, nachdem eine Versammlung ihn zum Bleiben bewogen hatte, doch aus Liebe zu Schaffhausen ausgeschlagen. Am 18. Juli 1874 veröffentlichte das *Neue Intelligenzblatt* ein Spottgedicht des Dichters Arnold Ott, damals Arzt in Neuhausen, der die Volksbewegung zugunsten Schenkels mit folgenden Worten einer kritischen Würdigung unterzog:

*Reliquienverehrung*

In Trier verehren sie den heiligen Rock,

In St. Denis den heiligen Kopf,

In Mailand die heilige Wade,

In Castello das heilige Knie,

In Schaffhausen den heiligen Schenkel.

Die Verehrung weiter zu treiben verbietet der Anstand.<sup>75</sup>

Es wäre naheliegend, Schenkel als Mitarbeiter des *Pilger* zu vermuten, denn sowohl er als auch die Zeitung waren einem protestantisch-konservativen Kurs verpflichtet. Eine redaktionelle Betätigung Schenkels am *Pilger* lässt sich indessen nicht nachweisen. Es darf nicht verwundern, dass um diese Zeit eine Zeitung mit konservativer Tendenz in Schaffhausen entstand. Es waren die Jahre, in welchen sich die Konservativen protestantischer und katholischer Observanz, die «Pietisten» und die «Ultramontanen», zusammenfanden, um gegenüber dem «gottlosen» freisinnigen Radikalismus zu retten, was noch zu retten war. In diesem Sinn setzte sich der

---

<sup>73</sup> Nach Oethiker XI gab es vom *Pilger* eine spezielle Ausgabe für die Ostschweiz, betitelt *Eidgenössische Zeitung*. Blaser 776 berichtet, dass diese *Eidgenössische Zeitung* erst nach der Uebersiedlung des *Pilgers* nach Basel erschien.

<sup>74</sup> NI 10.12.1874.

<sup>75</sup> NI 7.7.1874, 10.7.1874, 16.7.1874. SBVG 34,1957,128. Zum Spottgedicht: *Eduard Haug, Arnold Ott — eine Dichtertragödie*, Zürich 1924,74.

*Pilger* mit einem Referendumskampf gegen das eidgenössische Gesetz betreffend Zivilstand und Ehe ein, musste aber einen klaren Misserfolg buchen, weil die Vorlage angenommen wurde<sup>76</sup>. Mit einer solchen politischen Haltung stellte sich der *Pilger* in eine Linie mit dem *Eidgenössischen Verein*. Diese als «Eidgenössischer Radschuhverein» glossierte Organisation war ein Gegenstück zum schweizerischen *Volksverein*. War der *Volksverein* dem Fortschritt und der neuen Bundesverfassung verpflichtet, vertrat der *Eidgenössische Verein* konservative Postulate und stellte sich der Bundeszentralisation entgegen. Der Schaffhauser Regierungsrat Zacharias Gysel stand dem *Eidgenössischen Verein* eine kurze Zeit vor<sup>77</sup>. Auffällig ist, dass der *Pilger* kurz nach dem Tod von Zacharias Gysel (15. Dezember 1878) von Schaffhausen weg nach Basel verlegt wurde. Die letzte Schaffhauser Nummer erschien am 15. April 1879<sup>78</sup>. Die Existenz des *Pilger* ist für Schaffhausen mehr aus ideengeschichtlichen als aus politischen Gründen von Interesse. Für eine echte Wirksamkeit fehlte ihm die notwendige Unterstützung und Verbreitung.

#### *Die Blätter der Landschaft*

Von den Zeitungen der Schaffhauser Landschaft sind der *Grenzbote*, die *Klettgauer Zeitung* und der *Schaffhauser Bote* zu erwähnen. Der in Stein am Rhein seit 1869 erscheinende *Grenzbote* wird in der städtischen Presse jener Jahre überhaupt nie genannt, woraus geschlossen werden muss, dass er kein politischer Faktor war. Er beschränkte sich auf lokale Begebenheiten und schaltete sich nur wenig in die kantonale Politik ein. Auch über die *Klettgauer Zeitung* ist wenig zu bemerken. Sie stand in enger Beziehung zum *Intelligenzblatt*, was sich unter anderem auch anlässlich der Regierungsratswahlen von 1876 zeigte (S. 151). Indem sich der mit dem *Klettgauer* vereinigte *Schleitheimer Bote* 1873 den Titel *Schaffhauser Bote* zulegte, bekundete die Landzeitung ihren Willen, auch in kantonalen Fragen ein Wort mitzusprechen. Einige Meldungen der Stadtpresse stellen dem *Schaffhauser Boten* das Zeugnis aus, religiös-orthodox und gegen jede Verfassungsrevision zu agitieren<sup>79</sup>. Es lohnt sich, kurz auf die Persönlichkeit und die Stellung der Redaktoren einzugehen. Der *Schaffhauser Bote* wurde von Lehrer Anton Pletscher<sup>80</sup> geschrieben, der ausserdem für das

<sup>76</sup> NI 21.3.1875, 23.3.1875. Von 5840 Votanten sprachen sich 4555 für und 1236 gegen das Gesetz aus (Beilage zum Amtsblatt 1875,85).

<sup>77</sup> Gruner, Parteien 108,123. Gruner, Bundesversammlung 496. NI 1.12.1875.

<sup>78</sup> Blaser 776.

<sup>79</sup> NI 6.8.1874, 16.12.1874.

Schaffhauser Tagblatt, die *Allgemeine Schweizerzeitung* und die *Basler Nachrichten* als Korrespondent tätig war. Diese Beziehungen lassen tatsächlich auf eine religiös-konservative Haltung schliessen. Auch durch die enge Zusammenarbeit mit Zacharias Gysel und Heinrich Erzinger im Vorstand des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins war eine bäuerlich-konservative Haltung gegeben. Die poetische Gabe und die Herausgabe zahlreicher Dichtungen in lokalpatriotischem Pathos trugen Anton Pletscher den Titel «Randensänger» ein. Auf diesem Gebiet ist er erfolgreicher geblieben und hat nachhaltiger gewirkt als auf der Plattform der kantonalen Politik, die den klettgauischen Einfluss immer weiter zurückdrängte. Daran vermochte auch Pletschers Nachfolger in der Redaktion, der Siblinger Lehrer Kaspar Walter, nichts zu ändern, der den *Schaffhauser Boten* «parteilos und dem besonnenen Fortschritt huldigend» führte<sup>81</sup>. Auf Kaspar Walter folgte um 1880 der bereits bekannte Heinrich Erzinger, und vom 13. Februar 1892 an zeichnete Fürsprech Samuel Pletscher als Redaktor, dessen volkstümlich-demokratische Haltung bereits bei den *Schaffhauser Nachrichten II* zum Ausdruck gekommen war (S. 92).

### Der Verlauf der Verfassungsrevision

Unter der regen Teilnahme von Parteigruppen und Presse arbeitete der 1873 gewählte Verfassungsrat einen radikal-fortschrittlichen Entwurf der neuen Kantonsverfassung aus, doch wurde das Gesetzeswerk am 27. Dezember 1874 mit 2844 Nein gegen 2824 Ja abgelehnt<sup>82</sup>. Bei den 7335 Stimmberechtigten wären 3668 annehmende Stimmen nötig gewesen, um dem Entwurf Rechtskraft zu verleihen. Gustav Schoch hatte vorausgesehen, dass der sehr weitgehende Ausbau der Demokratie nicht überall auf Befürwortung stossen werde, und hatte darum beantragt, das Volk in Einzelabstimmungen über die wichtigsten Materien vorgängig zu befragen. Der Verfassungsrat hatte diesen Vorschlag abgelehnt. Ein Flugblatt hatte kurz vor der Abstimmung den Gedanken noch einmal aufgenommen und empfohlen, den Stimmzettel mit «Nein (Gruppenabstimmung!)» zu beschriften, um damit eine Abstimmung nach Sachgruppen zu verlangen. 1151 solche Stimmzettel wurden ein-

---

<sup>80</sup> Biographie in SBVG 46,1969,251—255.

<sup>81</sup> Bote 4.12.1943, 16.9.1969. Wann die Ablösung erfolgt ist, bleibt ungewiss.

<sup>82</sup> Beilage zum Amtsblatt 1875,1. Müller 151 gibt genaue Zahlen der verschiedenen Wahlkreise.

gelegt und der Verfassungsrat damit aufgefordert, die Hauptpunkte einzeln vorzulegen. Am 7. Februar 1875 konnte das Volk über 10 Einzelpostulate befinden, was folgendes Bild ergab<sup>83</sup>:

	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>	
1. Obligatorisches Referendum	2514	2751	abgelehnt
2. Fakultatives Referendum	3000	2257	angenommen
3. Stimmzwang	2901	2334	angenommen
4. Finanzreferendum	2657	2551	angenommen
5. Obligatorische Beteiligung bei Wahlen	2015	3098	abgelehnt
6. Volkswahl der Ständeräte	2888	2180	angenommen
7. Volkswahl der Regierung	2596	2465	angenommen
8. Volkswahl der höheren Richter	1925	3112	abgelehnt
9. Progressivsteuer	3735	1339	angenommen
10. Verminderung der Bezirksgerichte	2913	2211	angenommen

Obwohl die ganze Schaffhauser Presse gegen die Verfassung und gegen die einzelnen Punkte der Gruppenabstimmung opponierte mit Ausnahme des *Neuen Intelligenzblattes*<sup>84</sup>, erwies sich das Schaffhauservolk recht reformwillig. Johannes Uehlinger zeigte sich voll befriedigt von diesem Resultat. Hatte man ihn bis jetzt als Demagogen und Volksverhetzer bezeichnet, musste man nun zur Kenntnis nehmen, dass der Anteil der demokratisch gesinnten Bevölkerung im Kanton überraschend gross war. Die Forderungen des *Demokratischen Vereins* hatten sich als populär erwiesen, wenn sich jetzt auch zeigte, dass er mit den Postulaten obligatorisches Referendum, obligatorische Wahlbeteiligung und Volkswahl der höheren Richter übers Ziel hinausgeschossen hatte. Dass sich der Verfassungsrat fortschrittlicher erwies als das Volk, kann angesichts der erwähnten Pressesituation nicht verwundern. Zwar hatten in vielen Gemeinden Volksversammlungen stattgefunden und den konservativen Einfluss der Presse etwas korrigiert, doch hatten sich die Demokraten zu sehr in Sicherheit gewiegt und zu wenig Aufklärungsarbeit betrieben.

Als der Verfassungsrat einen zweiten Entwurf vorlegte, den er im Sinn der Gruppenabstimmung korrigiert hatte, erreichte dieser in der Abstimmung vom 18. April 1875 erwartungsgemäss eine

<sup>83</sup> Beilage zum Amtsblatt 1875,26—27. Vgl. Müller 108.

<sup>84</sup> NI 9.2.1875. Müller 106.

klare Mehrheit der Stimmenden — nicht aber der Stimmberechtigten, da nur 74 Prozent der Stimmberechtigten von ihrem Recht Gebrauch gemacht hatten. Also galt auch dieser zweite Verfassungsentwurf als abgelehnt. Statt Oeffentlichkeitsarbeit zu betreiben, änderte der Verfassungsrat «in ziemlich gereizter Stimmung»<sup>85</sup> die Gerichtsorganisation der zweiten Vorlage und legte einen dritten Entwurf vor. Dieser erhielt am 30. Mai 1875 ein ähnliches Resultat in der Volksabstimmung.

In dieser verfahrenen Situation begannen Erzinger, Freuler und Gysel Unterschriften für die Abberufung des Verfassungsrates zu sammeln<sup>86</sup>. Johannes Uehlinger dagegen stellte den Antrag, die Verfassung als angenommen zu erklären, da der Ausdruck «Mehrheit der Stimmberechtigten» nichts anderes heisse als «Mehrheit der in den Wahlversammlungen anwesenden Bürger». Der Verfassungsrat lehnte diese Interpretation ab, worauf Uehlinger in seiner Eigenschaft als Präsident des *Demokratischen Vereins* und als Verfassungsrat den Rekurs an den Bundesrat ergriff. Das Bundesgericht lehnte Uehlingers Rekurs ab und bestätigte die Nichtannahme der Entwürfe I bis III. Unabhängig von der zustande gekommenen Initiative auf Abberufung gelangte nun der Verfassungsrat direkt ans Volk und fragte an, ob es den Beschluss auf Totalrevision aufrechterhalten wolle oder nicht. In der Abstimmung vom 30. Januar 1876 wurde diese Frage bejaht. Der Regierungsrat, dem das eigenmächtige Treiben des Verfassungsrates nicht mehr behagte, liess nun seinerseits die Volksabstimmung darüber durchführen, ob der Verfassungsrat abgerufen sei oder nicht. Mit grosser Mehrheit wurde die Abberufung abgelehnt, worauf sich der Verfassungsrat an die Ausarbeitung eines vierten Entwurfes machte. Nachdem die Gerichtsordnung wieder analog der Ordnung vor 1873 hergestellt worden war, kam der vierte Entwurf zur Abstimmung.

Diesmal liessen die interessierten Persönlichkeiten den Dingen allerdings nicht mehr ihren Lauf. Ein Komitee veröffentlichte einen Aufruf für die neue Verfassung und gab die Namen von 80 prominenten Befürwortern bekannt<sup>87</sup>. Alle Zeitungen des Kantons sprachen sich für die Verfassung aus, «sogar die *Klettgauer Zeitung*»<sup>88</sup>. Unter den Befürwortern findet sich auch der Name Heinrich Erzinger.

---

<sup>85</sup> Beilage zum Amtsblatt 1875,65,89. Müller 112.

<sup>86</sup> NI 2.6.1875, 11.6.1875, 9.7.1875.

<sup>87</sup> NI 14.5.1876.

<sup>88</sup> NI 14.5.1876. Die *Klettgauer Zeitung* stand damals unter der Redaktion von Alexander Heer-Neukomm und Emil Huber.

gers, der sich offenbar in letzter Minute zu den Reformern geschlagen hatte. Das Resultat der Abstimmung war entsprechend positiv. Der vierte Entwurf wurde am 14. Mai 1876 bei einer Stimmbeteiligung von 88 Prozent mit 5095 Ja gegen 1192 Nein angenommen. Er trat auf den 1. Juni in Kraft und stellt die noch heute (1975) gültige Kantonsverfassung dar. Im Verlauf der Beratungen und Uebearbeitungen hatten sich verschiedene fortschrittliche und demokratische Züge etwas verwischt. Der grosszügige Ausbau der Volksrechte gegenüber der Verfassung von 1852 ist dagegen nicht zu übersehen.

### Zacharias Gysel und sein Trambauerzirkel

Für die Revisionsjahre von 1873 bis 1876 lässt sich der *Demokratische Verein* mit seinem Präsidenten Johannes Uehlinger und dem *Neuen Intelligenzblatt* als progressive Partei bezeichnen. Mit dem *Grütliverein* und den Exponenten des *Volksvereins* brachte er den nötigen Schwung in die kantonale Politik, während der *Politische Verein* der Stadt eher abwartend und zurückhaltend war. Dass es so lange nicht vorwärtsgehen wollte, lag aber vor allem an einer beharrend-konservativen Gruppe von Männern unter der Führung des autoritären Regierungsrates Zacharias Gysel, die sich jeweils unter Ausschluss der Oeffentlichkeit im Hotel Trambauer<sup>89</sup> trafen, um gezielt auf die einzelnen Abstimmungen einzuwirken. Im Unterschied zu den politischen Vereinen, zu welchen jedermann freien Zutritt hatte, war dieser Trambauerzirkel eine geschlossene Gesellschaft, deren Aktivität mehr oder weniger anonym blieb.

Als der Verfassungsrat seinen ersten Entwurf zu Ende beraten und in einer Schlussabstimmung sein Werk mit 47 gegen 6 Stimmen verabschiedet hatte<sup>90</sup>, bat das alte *Intelligenzblatt* seine Leser um Einsendungen gegen die neue Verfassung. Uehlinger reagierte emp-

---

<sup>89</sup> Es handelt sich dabei um den Gasthof zur Post, Ecke Herrenacker/Rathausbogen, benannt nach seinem Inhaber Konrad M. Trambauer (*D. Hintermeister, Adressbuch der Stadt und des Kantons Schaffhausen*, Oerlikon bei Zürich 1865,45).

<sup>90</sup> die sechs Gegner und ihre Gründe waren: Obergerichtspräsident Johann Heinrich Schärrier (obligatorisches Referendum, Volkswahl der Richter), Fürsprecher Theodor Bächtold (obligatorisches Referendum), Redaktor Heinrich Erzinger (obligatorisches Referendum), Forstmeister Konrad Vogler (Obligatorium bei Wahlen), Kaufmann Johann Wildberger-Studer (verlangte Abstimmung nach Sachgruppen), Lieutenant Jakob Fehrlin von Herblingen (obligatorisches Referendum, Volkswahl der Ständeräte, Regierungsräte und Richter), (NI 5.12. 1874).

findlich und vermutete den Intelligenzblattredaktor Erzinger als treibende Kraft. Es stellte sich aber heraus, dass kein Geringerer als Regierungsrat Zacharias Gysel hinter diesem Unternehmen steckte. Gysel war es auch, der mit geheimen Einladungen auf den 8. Dezember 1874 ins Hotel Trambauer einlud. Erzinger war nur ein Mitläufer. Es gelang Johannes Uehlinger, einer Einladung habhaft zu werden, die er mit dem bewährten Instinkt für politische Skandale im *Neuen Intelligenzblatt* abdruckte<sup>91</sup>. 32 Personen fanden sich bei Gysel ein. Sie waren die «Versammlung besonnener Revisionsfreunde», welche das Flugblatt mit dem Titel «Revisionsblätter» lancierten und empfahlen, den Stimmzettel mit «Nein (Gruppenabstimmung!)» zu beschriften<sup>92</sup>. Obwohl Uehlinger die Gegenargumente von Gysel auf einer Sonderseite im *Neuen Intelligenzblatt* zerpflückte, konnte er das knapp ablehnende Resultat der ersten Volksabstimmung vom 27. Dezember nicht mehr verhindern<sup>93</sup>.

Auf die Einzelabstimmung vom 7. Februar 1875 erschien wieder ein Flugblatt mit dem Titel «Revisionsblätter», das seinen Ursprung im Trambauerzirkel hatte<sup>94</sup>. Hatten sich am 27. Dezember viele Stimmenden der politisch klugen Argumentation angeschlossen, man möge über die Hauptpunkte einzeln befinden, nahm das Abstimmungsergebnis der Gruppenabstimmung der Konservativen den Wind aus den Segeln. Das Volk erwies sich als fortschrittlich, und die Lage der Revisionsgegner wurde prekär.

Doch Zacharias Gysel, Erzinger und der mit ihnen liierte Hermann Freuler gaben den Kampf noch nicht auf. Unmittelbar vor der Abstimmung über den zweiten Verfassungsentwurf erschien ein «Aufruf an die Landbevölkerung» in Flugblattform, der eine Kluft zwischen Stadt und Land aufriß<sup>95</sup>. Die Wirkung war, dass der Entwurf in der Stadt angenommen, in der Landschaft dagegen deutlich verworfen wurde. Da die Stadt nur einen Viertel des Stimmenanteils ausmachte, reichte es zum absoluten Mehr nicht.

Aehnliches ereignete sich vor der Abstimmung über den dritten Verfassungsentwurf. In letzter Minute erschien ein Flugblatt gegen die Revision, das wie einst Luthers Thesen an die Kirchentür geheftet wurde. Als dann aber Christoph Moser-Ott an der Schaff-

---

<sup>91</sup> NI 9.12.1874.

<sup>92</sup> NI 12.12.1874.

<sup>93</sup> NI 27.12.1874.

<sup>94</sup> NI 6.2.1875.

<sup>95</sup> NI 20.4.1875.

hauser Gemeindeversammlung, die in der St.-Johann-Kirche stattfand, die Verfasser des Flugblattes aufforderte, ihre Ansichten öffentlich zu begründen, meldete sich niemand<sup>96</sup>. Wieder stimmte die Stadt für den Entwurf, die Landschaft dagegen.

Regierungsrat Zacharias Gysel war auch die treibende Kraft, als es darum ging, den Verfassungsrat abzurufen, aber er hielt sich im Hintergrund. Der Kantonsrat, den Hermann Freuler präsidierte, hatte ihn eben zum Regierungspräsidenten gewählt<sup>97</sup>. Die 1017 Unterschriften der Abberufungsinitiative waren von einem Brief begleitet, der die Unterschriften von Hermann Freuler, Bankdirektor Emil Grieshaber und Alexander Heer-Neukomm trug<sup>98</sup>. Und wieder erschien kurz vor der Abberufungsabstimmung ein Flugblatt gegen den Verfassungsrat. Das Flugblatt trug — was laut Pressegesetz unzulässig war — keine Angabe über den Druckort. *Man kennt ihn aber!* rief Uehlinger im *Neuen Intelligenzblatt*, *Wird jetzt auch gebüsst?*<sup>99</sup>. Uehlinger war auch in der Lage, der Öffentlichkeit seine Vermutung zu beweisen, indem er den folgenden Begleitbrief abdruckte, der einem Stoss Flugblätter beigelegt hatte:

*Geehrter Herr,*

*Wollen Sie inliegende Mahnung zur Abstimmung auf nächsten Sonntag so bald wie möglich in ihrer Gemeinde verbreiten, jedenfalls aber am nächsten Samstag. Allfällige Auslagen wollen Sie bei Gelegenheit bei mir einziehen.*

*Achtungsvoll, Schaffhausen, 2. März 1876 Zach. Gysel, JUC<sup>100</sup>.*

Der Schaffhauser Regierungspräsident persönlich war es also, der in agitatorisch nicht ganz ungeschickter Manier damit beschäftigt war, die Verfassungsreform zu torpedieren. Doch es gelang nicht. Das Volk sprach dem Verfassungsrat sein Vertrauen aus. Der Trambauerzirkel, offensichtlich im Gegensatz zur Volksmehrheit, zerfiel. Gysel blieb seiner reaktionären Haltung treu, während Hermann Freuler sich dem Volkswillen beugte und sich mit einem persönlichen Brief an Gysel vom Trambauerzirkel zurückzog<sup>101</sup>.

---

<sup>96</sup> NI 1.6.1875.

<sup>97</sup> NI 9.7.1875.

<sup>98</sup> NI 14.7.1875.

<sup>99</sup> NI 9.3.1876.

<sup>100</sup> NI 9.3.1876.

<sup>101</sup> Den Brief vom 21.4.1876 druckte Hermann Freuler erst im Zusammenhang mit einer neuen Verfassungsrevision von 1895 als Beweisstück ab in SI 15. 12.1894.

Möglicherweise gab es noch andere Gegensätze zwischen Zacharias Gysel und Hermann Freuler, die in diesem Augenblick aufbrachen. Freuler war am 2. Dezember 1875 anstelle von Gysel zum Ständerat gewählt worden, was die Zusammenarbeit erschwert haben mag. Sogar Uehlinger hatte sich vor der Ständeratswahl dazu durchgerungen, Freuler zu unterstützen. Freuler besitze zwar, schrieb er, *weder unsere persönliche Sympathie im Uebermass, noch ist die von ihm eingeschlagene Politik in kantonalen Angelegenheiten von nämlichem Schlag wie die unsrige*, er werde aber im Gegensatz zu Gysel in der Bundesversammlung liberal und zentralistisch wirken, was nur zu begrüßen sei<sup>102</sup>.

Mit Hermann Freuler zog sich auch sein Anhang aus dem Trambauerzirkel zurück. Als sich die Sympathisanten Gysels Ende April 1876 versammelten, um auch noch ein Flugblatt gegen den vierten und letzten Verfassungsentwurf aufzusetzen, erschienen gerade noch 11 Mann<sup>103</sup>. Das *Neue Intelligenzblatt* konnte die Namen einiger unentwegter Reformgegner und Pamphletverbreiter nennen: Regierungspräsident Gysel, Regierungsrat Dr. Arnold von Waldkirch (Verfasser des letzten Flugblattes), Johann Jakob Blank-Arbenz, Gemeindepräsident Georg Uehlinger von Buchthalen und Gemeindepräsident Johann Jakob Surbeck von Oberhallau<sup>104</sup>. Uehlinger war auch darüber orientiert, dass sich Regierungsrat Dr. Emil Joos und Nationalrat Wilhelm Joos an dieser letzten Trambauerversammlung eingefunden hatten<sup>105</sup>. Es wäre interessant zu wissen, was dieses fortschrittliche Brüderpaar dort für Ansichten vertreten hat.

Hatte der Trambauerzirkel einen rascheren Abschluss der Schaffhauser Verfassungsreform verzögern können, so konnte er ihn doch nicht aufhalten. Mit der Abstimmung vom 14. Mai 1876 wurde die langwierige Verfassungsreform entgegen den Wünschen der liberal-konservativen Männer entschieden. Es blieb dem Redaktor des *Neuen Intelligenzblattes* vorbehalten, die Regierungsräte Gysel, Bringolf und Waldkirch darauf aufmerksam zu machen, dass sie unter einer demokratischen Verfassung unmöglich geworden seien<sup>106</sup>. Mit derbem Witz gab Uehlinger den verhassten Potentaten einen Fusstritt, indem er aufatmend schrieb: «Die Zeit der Gau-

---

<sup>102</sup> NI 30.11.1875, 1.12.1875, 4.12.1875, 14.12.1875.

<sup>103</sup> NI 25.4.1876, 4.5.1876.

<sup>104</sup> NI 13.—14.5.1876.

<sup>105</sup> NI 18.5.1876.

<sup>106</sup> NI 16.5.1876.

grafen ist bei uns vorbei.»<sup>107</sup> Und als sich Regierungsrat Bringolf vehement beschwerte, weil er als Gegner der Demokratie bezeichnet worden war, gab Uehlinger in seiner ungeschminkten Art den Ausspruch eines Freundes zur Antwort, *Bringolf sei ein Demokrat, wie drei Esel ein Rossmarkt*<sup>108</sup>.

Die Reformgegner des Trambauerzirkels zogen sich aus der Politik zurück mit Ausnahme ihres Führers, Zacharias Gysel. Auch wenn sich Zacharias Gysel 1876 nochmals ins Schaffhauser Regierungskollegium aufnehmen liess, aus dem er zwei Jahre später infolge Todes ausschied, konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass mit dem 14. Mai 1876 die entschlossenen und die vermittelnden Demokraten den Sieg über die Liberal-Konservativen davongetragen hatten. Sowohl die Anhänger des reformiert-konservativen Kreises der Stadt (S. 244) wie der bäuerliche Flügel der Landschaft hatten ihre Rollen ausgespielt. Der Trambauerzirkel war der letzte Versuch, eine entsprechende kantonale Organisation aufzuziehen. Mit der Niederlage der Liberal-Konservativen schwand auch der zeitweise beherrschende Einfluss des Klettgaus auf die Schaffhauser Politik. Durch das Ausscheiden markanter Gestalten wie Johann Conrad Bringolf und Zacharias Gysel aus der Regierung wurde die Schaffhauser Politik ein Stück ärmer. Beide hatten mehr als eine Generation lang kraftvoll und mitunter derb und deutlich eingegriffen und die Rechte der Landschaft autokratisch verteidigt. Zacharias Gysel blieb bis zuletzt seiner politischen Haltung treu<sup>109</sup> und schuf sich damit zahlreiche Gegner, doch als er starb, wurde auch von diesen der Verlust des starken Mannes der Schaffhauser Regierung schmerzlich empfunden<sup>110</sup>.

### Die Neuwahl des Regierungsrates von 1876

Nach Artikel 109 der neuen Kantonsverfassung waren sämtliche kantonalen Behörden neu zu bestellen. Im Zeitraum vom 11. Juni bis zum 12. August 1876 wurden in den neu festgelegten Wahlkreisen (S. 180) die Kantonsräte gewählt. Die Stimmbeteiligung beim ersten Wahlgang im Stadtwahlkreis erreichte 94 Prozent. Erstmals musste nun auch der Regierungsrat direkt durch das Volk ge-

---

<sup>107</sup> NI 22.12.1874.

<sup>108</sup> NI 20.5.1876.

<sup>109</sup> Vgl. sein politisches Glaubensbekenntnis in SI 6.11.1878.

<sup>110</sup> KZ 19.12.1878.

wählt werden. Dabei ergaben sich ähnliche Schwierigkeiten wie bei den ersten Nationalratswahlen. Jede Region stellte ihre eigenen Kandidaten, so dass nicht weniger als 13 Bewerber für die 5 Regierungssitze genannt wurden. Die Presse nahm im ganzen Kanton lebhaften Anteil und wirkte mit Leitartikeln, eigenen Vorschlägen, Einsendungen und Inseraten für und gegen die Vorgeschlagenen. Klare Parteigrenzen gab es offiziell nicht, doch jede Zeitung und jede Vorwahlversammlung hatte ihre politische Ausrichtung. Das Vorschlags- und Beziehungsgeflecht und das Resultat des ersten Wahlganges lassen sich aus der nebenstehenden Tabelle herauslesen.

Es war vorauszusehen, dass nach den dreijährigen politischen Kämpfen um die reine Demokratie im Kanton Schaffhausen das Interesse für die Behördenwahlen gross sein würde. Dass aber 96 Prozent der Stimmberechtigten an der ersten Volkswahl des Schaffhauser Regierungsrates teilnehmen würden, war für alle eine Ueerraschung. Die hohe Stimmbeteiligung ist ein Gradmesser für die politische Brisanz, die diesen Wahlen zukam. Dabei ging es nicht nur um einen Kampf zwischen demokratischen und liberal-konservativen Kräften, sondern ebenso um die regionalen Ansprüche. Alle grösseren Gemeinden nominierten eigene Vertreter. Trotz den zahlreichen Kandidaten erreichten vier davon im ersten Wahlgang das absolute Mehr. Christoph Moser-Ott (57), der initiative und allseits anerkannte Regierungsrat, führte die Rangliste an, gefolgt vom Demokraten Dr. Gustav Schoch (35), Präsident des *Volksvereins* und Vizepräsident des Verfassungsrates. Der dritte Gewählte, Dr. Robert Grieshaber (30), stammte aus dem Klettgau. Trotz seines jugendlichen Alters war er bereits Präsident des Kantonsrates gewesen. Und sogar der hartnäckige Verfassungstorpedent Zacharias Gysel (58) gelangte im ersten Wahlgang mit knapper Stimmenzahl wieder in die Regierung. Seine resolute und zielgerichtete Politik in reformiert-konservativem Sinn und seine starke Verbundenheit mit den Wählern im Klettgau sicherten ihm die tragende Mehrheit. Zwei weitere Wahlgänge blieben resultatlos. Im vierten Wahlgang wurde Georg Pletscher aus Schleithem (58) ins Kollegium gewählt. Somit war die Stadt schliesslich mit zwei, der Klettgau mit drei Vertretern an der Regierung beteiligt, während der Reiat und Stein am Rhein leer ausgingen. Friedensrichter Martin Etzweiler (Stein) und Hauptmann Johannes Müller (Thayngen) machten sich um 1876 zu-

---

<sup>111</sup> Als Quellen dienten alle Schaffhauser Zeitungen, die während des Wahlkampfes bestanden. Stimmzahlen nach Beilage zum Amtsblatt 1876,115.

Regierungsratswahlen vom 16. Juli 1876<sup>III</sup>

Kandidaten	Wohnort	Stimmen	Unterstützung von Zeitungen und Versammlungen																
			ST <sup>1</sup>	SI	NI	SG	KZ	BT	BE	GE	VP	OS	RV	WO	WV	EH	HS	VO	AW
RR Christoph Moser-Ott	Schaffhausen	5258	(X)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
neu Gustav Schoch	Schaffhausen	5044	(X)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
neu Robert Grieshaber	Hallau	3962	(X)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Zacharius Gysel	Wilchingen	3612	X	O	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Johannes Müller <sup>2</sup>	Thayngen	3379	X	X	X <sup>3</sup>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Georg Pletscher	Schleitheim	3041	X	X	X	O <sup>3</sup>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Emil Joos	Schaffhausen	3037	(X)	O	X	O <sup>4</sup>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
aRR Johannes Hallauer	Trasadingen	2023	(X)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Johann Jakob Müller	Löhningen	1502	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
neu Johann Georg Keller	Siblingen	670	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
RR Joh. Conrad Bringolf	Hallau	540	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
neu Martin Etzweiler	Stein am Rhein	500	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
neu Johannes Meyer	Frauenfeld	368	(X)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Stimmberechtigte 7719 Stimmende 7387 (96%) Ungültig 184 Absolutes Mehr 3606

Signaturen und Abkürzungen

X = Unterstützung  
O = Ablehnung

RR = Regierungsrat  
ST = Tagblatt  
SI = Intelligenzblatt  
NI = Neues Intelligenzblatt  
SG = Grenzbote (Stein am Rhein)  
KZ = Klettgauer Zeitung (Hallau)  
BT = Schaffhauser Bote (Schleitheim)  
BE = Bellevue-Versammlung Neuhausen vom 9. 7. 1876, einberufen von Kantonsräten.

GE = Gegner d. Bellevue-Versammlung, die 3 Land- und 2 Stadtvertreter wählen wollen.

VP = Versammlung des Volksvereins u. des Politischen Vereins vom 12. 7. 1876.

OS = Ortsverein Stein am Rhein  
RV = Versammlung des Bezirks Reiat  
WO = Wahlversammlung Osterfingen  
FH = Einige Hallauer  
HS = Hallauer Stimmberechtigte  
VO = Viele Wähler aus dem Volke (gemässiger Fortschritt)  
AW = Eine Anzahl Wähler  
WV = Weinberg-Versammlung Neuhausen

<sup>1</sup> Das Tagblatt distanziert sich davon, eigene Vorschläge zu bringen, bringt aber beim zweiten Wahlgang die Vorschläge der Bellevue-Versammlung in Erinnerung.

<sup>2</sup> Johannes Müller legt selber keinen Wert auf seine Wahl, hingegen sein Kantons- teil Reiat.

<sup>3</sup> Die Klettgauer Zeitung ist nach der Wahl von Grieshaber und Gysel der Ansicht, der Klettgau dürfe nicht 3 Vertreter haben, und schlägt den Reiat-Kandidaten Müller vor.

<sup>4</sup> Die Klettgauer Zeitung lehnt nach der Wahl von Moser-Ott und Schoch einen dritten Kandidaten aus der Stadt ab, damit die Landschaft nicht zu kurz komme.

wenig profiliert bemerkbar, um das Seilziehen zwischen Stadt und Klettgau zu ihren Gunsten zu neutralisieren. Erst zehn Jahre später wurde durch die Wahl von Gottlob Hug erstmals wieder der obere Kantonsteil berücksichtigt.

Vier Tage nach dem ersten Wahlgang des Regierungsrates fanden die ersten Volkswahlen des Ständerates statt. Die Stimmberechtigten bestätigten die seit 1873 amtierenden Ständeräte Eduard Russenberger und Hermann Freuler. Die Nationalräte waren erst kurz zuvor im Oktober 1875 gewählt worden. Dabei war Wilhelm Joos bestätigt und der zurücktretende Friedrich Peyer im Hof durch Gustav Schoch ersetzt worden<sup>112</sup>. Auch in der Bundesversammlung war somit die Schaffhauser Vertretung nach der demokratischen Richtung hin verstärkt.

Nach Abschluss der Wahlgeschäfte holte Redaktor Johannes Uehlinger zu einer grundsätzlichen Betrachtung der neuen Wahlverhältnisse im Kanton Schaffhausen aus. In einem Leitartikel stellte er fest, dass durch die Volkswahlen eine ganz neue Situation geschaffen worden sei<sup>113</sup>. Nicht einmal die Hälfte der Wähler kenne die Kandidaten persönlich, alle seien angewiesen aufs Hörensagen. Bisher habe ein Kandidat einem guten Freund mitgeteilt, dass er an diese oder jene Stelle gewählt werden möchte. Der Freund habe darauf allen seinen Bekannten mitgeteilt, sein Freund sei der passende Mann für dieses Amt. Die Bekannten hätten den Namen weiter herumgeboten, bis die ganze Wählerschaft eines Dorfes oder eines Wahlkreises die Kandidatur gekannt habe. Daher sei jeweils eine Wahl um so glatter vonstatten gegangen, je grösser der Verwandten- und Bekanntenkreis eines Kandidaten gewesen sei. Uehlinger gelangt in seinem Artikel zum Schluss, dass dieses bisher praktizierte System wohl weiterhin angehe für Gemeinde- und Bezirkswahlen, nicht aber für Wahlen, bei welchen der ganze Kanton einen einzigen Wahlkreis bilde. Wie sollen in Zukunft die Kandidaten aufgestellt und bekannt gemacht werden? Uehlinger stellt die Frage, ohne eine Antwort zu geben. Die politische Praxis der nächsten Jahrzehnte zeigt, dass sich das Problem durch organisierte Parteien mit öffentlichen oder internen Vorwahlen lösen liess.

---

<sup>112</sup> Stimmzahlen der NR-Wahlen von 1875:

Gustav Schoch	4317	Zacharias Gysel	231
Wilhelm Joos	4306	Hermann Freuler	146
Robert Grieshaber	1112	Emil Joos	101

(Beilage zum Amtsblatt 1875,179).

<sup>113</sup> NI 26.7.1876.